

REVOLUTIONÄRE INITIATIVE RUHRGEBIET

# Der Krieg um das Ruhrgebiet der Ukraine



RIR © 2022



REVOLUTIONÄRE INITIATIVE RUHRGEBIET

[www.riruhr.de](http://www.riruhr.de)  
[info@riruhr.de](mailto:info@riruhr.de)

© Juni 2022

**INHALTSANGABE:**

Vorwort	S. 5
Das Ruhrgebiet der Ukraine	S. 5
Die Gefahr einer atomaren Katastrophe	S. 7
Mit welchem Recht kritisieren SPD, Grüne, FDP und CDU Russland?	S. 8
Völkerrecht und Selbstbestimmungsrecht	S. 9
Das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse	S. 12
Angriffskrieg und Verteidigungskrieg	S. 13
Das Beispiel Österreich – Serbien 1914	S. 15
Wie kann der Krieg beendet werden?	S. 19
Gegen Sanktionen, Preis- und Gewinnexplosion und Militarisierung	S. 20



Rosa Luxemburg

## **Vorwort**

Die Ukraine gehörte vor dem Krieg zu den größten Stahlproduzenten, Steinkohle- und Eisenerzförderern der Welt. Das heutige Schlachtfeld ist das Industriegebiet Donbas, das Ruhrgebiet der Ukraine. Dort leben mehr Russinnen und Russen als Ukrainerinnen und Ukrainer.

## **Das Ruhrgebiet der Ukraine**

Im Ruhrgebiet der Ukraine arbeiteten früher russische und ukrainische Lohnabhängige zusammen. Aufgehetzt von den ukrainischen und russischen Kohle- und Stahlmilliardären, vergiftet vom russischen Separatismus und ukrainischen Nationalismus, entrechtet und in den Krieg gejagt von den Diktatoren Putin und Selenskyj, beliefert mit Waffen aus der ganzen Welt, schneiden sich heute die ukrainischen und russischen Kumpel und Stahlarbeiter gegenseitig die Kehle durch.

Russland griff die Ukraine an, um das Industriegebiet Donbas zu erobern und mit seinem Industriegebiet um Rostow zu vereinen. Die EU will den Donbas als Teil der Ukraine militärisch verteidigen und wirtschaftlich eingliedern. Die Produktivkräfte rebellieren gegen die zu engen Produktionsverhältnisse. Die USA heizen den Krieg in der Ukraine aus strategischer Feindschaft gegen Russland an. Die Vereinigten Staaten profitieren von der Zerstörung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Russland z.B. durch die Lieferung von Gas nach Europa, das durch umweltzerstörerisches Fracking gewonnen wird. Doch für die bürgerliche, diplomatisch-mediale Betrachtung zählt nur der Angriff Russlands.

Je weniger Ressourcen dem Kapitalismus zur Verfügung stehen, desto größer wird der Zwang, sie zu kontrollieren, desto heftiger werden sie umkämpft.

20 Jahre führten die westlichen Großmächte Krieg um die enormen Bodenschätze Afghanistans. Heute lassen sie um das Industriegebiet Donbas kämpfen. Aus dem Konflikt russischer und ukrainischer Milliardäre um das Ruhrgebiet der Ukraine und um die Kontrolle des ukrainischen Staatsapparats wurde mit dem russischen Angriff, den westlichen Waffenlieferungen und der militärischen High-Tech-Leitung der ukrainischen Armee durch die USA ein imperialistischer Krieg.

Gewinner sind weder die EU, noch die USA, noch Russland. China ermöglichte durch Lieferverträge, wirtschaftliche und finanzielle Kooperation den Angriff Russlands auf die Ukraine. Es sieht seine großen Rivalen in der Weltarena in einem Dauerkonflikt beschäftigt, der militärisch noch Jahre anhalten kann.

Es gibt keine militärische Lösung des Krieges um den Donbas. Jeder Tag Krieg, jeder Angriff, jede Waffenlieferung verschlimmert nur das Leid der Zivilbevölkerung, der Frauen und Kinder, steigert die Brutalität der Soldaten. Ein jahrelanger Abnutzungskrieg droht mit all seinen Schrecken für die Zivilbevölkerung und die Arbeiterklasse im Donbas. Diese leidet nicht nur unter russischen Kriegsverbrechen, sondern muss auch wie in Mariupol als Schutzschild für Nazi-Milizen erhalten. Was der Krieg vom Industriegebiet übrig lässt, sehen wir an den Zerstörungen im Stahlwerk Asov.

*Wie lange kann sich die Menschheit einen Kapitalismus leisten, der Krieg und Vernichtung über sie bringt?*

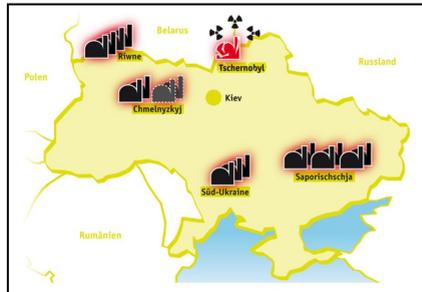


## Die Gefahr einer atomaren Katastrophe

Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Eine atomare Katastrophe ist nicht ausgeschlossen. Aber müssen wir die Gefahr eines Atomkriegs an die Wand malen, wenn sechs Kernreaktoren des Atomkraftwerkes Saporischschja mitten in der Frontlinie stehen?

Bekanntlich unterscheiden die Strahlen einer Kernschmelze infolge eines Raketen- oder Bombentreffers nicht zwischen UkrainerInnen und RussInnen. Bei einem GAU würde nicht nur das Ruhrgebiet der Ukraine einschließlich seiner Arbeiterklasse verstrahlt, sondern auch das russische Industriegebiet um Rostow. Wir haben 1986 gegen die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl demonstriert. Aber wir haben das nicht deshalb getan, damit heute 15 Atomkraftwerke in der Ukraine durch einen Krieg gefährdet werden.

Sofortiger Rückzug Russlands aus der Ukraine!



Die von Russland ausgesprochene und von den westlichen PolitikerInnen und Medien gern aufgegriffene Drohung mit einem Atomkrieg ist nicht der nächste, wahrscheinliche Schritt der militärischen Eskalation. Die Mobilisierung und Aufrüstung der ukrainischen Armee, die die russische Invasion verlangsamte, kann vielmehr zur Teil-Mobilisierung mehrerer Millionen russischer Soldaten führen.

Wir nehmen allerdings zur Kenntnis, dass führende PolitikerInnen der CDU und der Grünen, die von der atomaren Bedrohung reden, offensichtlich bereit sind, einen Atomkrieg mit einzukalkulieren.

## **Mit welchem Recht kritisieren SPD, Grüne, FDP und CDU Russland?**

SPD, Grüne, FDP und CDU haben zwanzig Jahre lang in Afghanistan Krieg geführt und dabei gegen sämtliche Prinzipien, Völker-, Menschen- und Selbstbestimmungsrechte verstoßen, die sie heute bei Russlands Angriff auf die Ukraine anführen. Mit den Waffenlieferungen an die Ukraine sind sie zu Kriegsparteien geworden.

Bundeskanzler Olaf Scholz sagte: „Mit dem Angriff auf die Ukraine bringt der russische Präsident Wladimir Putin Leid und Zerstörung über seine direkten Nachbarn“. Durch den Krieg in Afghanistan starben 140.000 Afghaninnen und Afghanen. Dafür sind SPD, Grüne, FDP und CDU mitverantwortlich.

Vizekanzler Robert Habeck sagte: „Mit dem Angriff auf die Ukraine bricht Russland mit den elementarsten Regeln der internationalen Ordnung“. Mit dem Krieg in Afghanistan brachen die USA, die EU, SPD, Grüne, FDP und CDU die elementarsten Regeln des internationalen Zusammenlebens.

Bundeskanzler Olaf Scholz sagte: „Zudem gefährdet Putin das Leben von unzähligen Unschuldigen in der Ukraine, dem Brudervolk Russlands“. Am 4.09.2009 gab Oberst Klein in Kundus den Befehl zum Luftangriff auf zwei Tanklaster. Dadurch starben 91 Zivilisten. Ein Gericht sprach Oberst Klein vom Vorwurf des Kriegsverbrechens frei. Danach wurde Oberst Klein zum General befördert.

*Menschenrechte sind unteilbar! Ob in der Ukraine, ob in Afghanistan, ob im Jemen, ob in Kurdistan! Die Ukrainer und Ukrainerinnen haben ein Recht auf Frieden, Selbstbestimmung und Unversehrtheit! Das hatten die Afghaninnen und Afghanen auch. Das haben auch die Kurdinnen und Kurden!*



Zerbombter Tankcluster in Kundus

## Völkerrecht und Selbstbestimmungsrecht

Reicht es nicht, gegen den Krieg zu sein, weil er vielen Soldaten, ZivilistInnen, Frauen und Kindern, Arbeiterinnen und Arbeitern Tod und Verderben bringt, ob sie nun Ukrainerinnen und Ukrainer oder Russinnen und Russen sind, ob sie im Donbas oder anderswo in der Ukraine leben?

Die bürgerlichen PolitikerInnen, Medien, Parteien und Interessenverbände argumentieren gegenüber dem Angriff Russlands auf die Ukraine mit dem Völkerrecht. Die Berufung auf das Völkerrecht ist vor allem dort unzureichend, wo es das Selbstbestimmungsrecht unterdrückter Nationalitäten bis hin zur Lostrennung nicht anerkennt. Bürgerliche Rechtswissenschaftler lehnen das „unter Hinweis auf das Integritätsinteresse bestehender Staatsverbände (...) ab“<sup>1</sup>.

---

1. <https://de.wikipedia.org/wiki/Sezession>.

Demnach müssten z.B. in der Türkei die KurdInnen und die TürkInnen gemeinsam entscheiden, ob die KurdInnen innerhalb der Türkei autonom sind, sich Rojava anschließen oder einen eigenen Staat bilden dürfen. Was soll dabei für die unterdrückte Minderheit herauskommen?

Ähnlich die starke, unterdrückte russische Minderheit in der Ukraine, die im Industriegebiet des Donbas in der Mehrheit ist. Erst kürzlich wurden ihre Parteien durch die nationalistische ukrainische Regierung Selenskyj verboten. Ihre Angehörigen, denen z.B. längst ihre russischen Städte- und Straßennahmen von den ukrainischen Nationalisten genommen wurden, werden von Selenskyj und den westlichen Medien als UkrainerInnen bezeichnet.

Deutschland, das Kroatien und Slowenien Ende 1991 nicht schnell genug als selbständig anerkennen konnte und somit den Zerfall Jugoslawiens besiegelte, ignoriert das Selbstbestimmungsrecht von 8 – 9 Millionen Russinnen und Russen in der Ukraine ebenso wie die Tatsache, dass die Ukraine kein Nationalstaat, sondern ein Staat verschiedener Nationalitäten ist.

So konnte sich der russische Präsident Putin zum Verteidiger der Russinnen und Russen im Donbas aufschwingen, der nun angeblich mit Panzern und Raketen deren Selbstbestimmungsrecht herbeibombt, während sich die NATO-Großmächte mit Waffenlieferungen als Verteidigerinnen des Selbstbestimmungsrechts der UkrainerInnen aufspielen.

Tatsächlich steigt mit jedem Tag des Krieges, mit jedem Angriff und mit jeder Waffenlieferung die Abhängigkeit der Russinnen und Russen des Donbas von Russland, sowie die Abhängigkeit der Ukrainerinnen und Ukrainer von den USA und der EU, während das Selbstbestimmungsrecht der einen wie der anderen täglich im Kurs fällt.

Es ist kein Zufall, dass nach dem Angriff auf die Ukraine der russische Präsident Putin gegen die „Wladimir-Iljitsch-Lenin-Ukraine“ polemisierte. Wer wie Putin den Vielvölkerstaat Russland als zentral gesteuerten Staat der Russinnen und Russen ansieht, musste gegen „diese Leninschen Vorstellungen von einer im wesentlichen konföderativen Staatsstruktur und die Losung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker bis hin zur Sezession“ zu Felde ziehen. Putin bedauerte, dass aus „den grundlegenden, formal-juristischen Grundlagen, auf denen unsere Staatlichkeit erbaut wurde, nicht rechtzeitig die abscheulichen, utopischen Phantasien, die von der Revolution inspiriert wurden, aber absolut zerstörerisch für jedes normale Land sind, entfernt wurden“<sup>2</sup>.

Dabei war es nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Nationalitäten möglich, eine Union der Sozialistischen Räterepubliken zu bilden.

Aber was soll und kann die westliche Berichterstattung an Putins Abrechnung mit Lenin kritisieren, wenn sie selbst nicht das Selbstbestimmungsrecht unterdrückter nationaler Minderheiten und damit das der unterdrückten RussInnen in der Ukraine, sondern nur die ukrainische Staatsgrenze verteidigt?

Wer für das Selbstbestimmungsrecht der RussInnen in der Ukraine bis hin zur Lostrennung eintritt, verteidigt nur ihr Recht, über ihre Zukunft selbst zu entscheiden, ob als Autonomie innerhalb der Ukraine, als eigener Staat oder als Vereinigung mit Russland. Das Leben als gleichberechtigte, autonome Minderheit innerhalb einer demokratischen Ukraine, wie in der Schweiz, wäre die beste Lösung.

---

2. Staat ohne Tradition, in: Junge Welt, Berlin 23.02.2022, S. 12.

## Das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse

Selbst manche Linke halten das Selbstbestimmungsrecht der Ukrainerinnen und Ukrainer, das von der NATO so vehement mit Waffen verteidigt wird, für wesentlich wichtiger, als das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse innerhalb der Ukraine. Dort sind kommunistische, sozialistische und linke Parteien, Organisationen und Symbole seit vielen Jahren nach einem Anti-Kommunismus-Gesetz verboten.

Die Partei Die Linke in Deutschland, das linke Bündnis NUPES von Melenchon in Frankreich, Syriza in Griechenland oder die HDP in der Türkei wären in der Ukraine illegal. Das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse existiert in der Ukraine nicht. Wer gegen Diktaturen ist, ist gegen die Diktatur Putins und gegen die Diktatur Selenskyjs.

Wie an anderer Stelle bereits dargestellt, ist ein gemeinsamer Kampf der großen Arbeiterklasse innerhalb der Ukraine nur denkbar, wenn deren russischer Teil innerhalb des Donbas - jenseits von jedem Separatismus - die Einheit mit dem ukrainischen Teil sucht, während der ukrainische Teil der Arbeiterklasse - jenseits von jedem Nationalismus - das Recht der Russinnen und Russen auf Selbstbestimmung bis hin zur Lostrennung anerkennt. Nehmen beide eine Position ein, die der 'ihrer' Bourgeoisie entgegengesetzt ist, könnten sie ihre politische Unabhängigkeit bewahren. Davon sind wir heute weit entfernt.

*Unter der Herrschaft des Imperialismus haben die Arbeiterinnen und Arbeiter kein Vaterland. Die Niederlage 'ihrer' Bourgeoisie ist das kleinere Übel.*

## Angriffskrieg und Verteidigungskrieg

MarxistInnen sind nicht gegen jeden Krieg, lehnen nicht jede Gewalt ab. Wir sind für die Revolution, unterstützen Befreiungsbewegungen und Freiheitskämpfe unterdrückter Nationalitäten. Aber ist eine Nationalität unterdrückt oder ist sie es nicht?

So vertritt der katalanische Separatismus die kapitalistischen Klasseninteressen der katalanischen Bourgeoisie mit der Spaltung der vielfältig zusammengesetzten Arbeiterklasse, aber keinesfalls die Interessen der zugewanderten, am meisten ausgebeuteten, untersten Schichten der Arbeiterklasse in Katalonien. Die leiden nämlich selbst unter nationaler Unterdrückung eben dieser katalanischen Bourgeoisie.

Dagegen war der Krieg der YPG und YPJ in Rojava gegen den Islamischen Staat fortschrittlich, wie es überhaupt der Kampf der unterdrückten KurdInnen für ihre Befreiung ist.

Marx, Engels und die II. Internationale unterstützten Aufstände und Kriege gegen den Zarismus, der zu ihren Lebzeiten als Polizist Europas galt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts, nachdem der Kapitalismus zum Imperialismus geworden war, wurde das falsch. Deshalb änderte auch die Sozialistische Internationale ihre Position.

Auf dem Internationalen Sozialistenkongress 1907 in Stuttgart vertrat allein Rosa Luxemburg in der Debatte einen revolutionär-marxistischen Standpunkt. Sie brachte für Martov, Lenin (mit dessen Mandat) und für die Sozialdemokratie Polens und Litauens einen Ergänzungsantrag zur Resolution Bebels ein, der nach längeren Verhandlungen mit dem SPD-Vorsitzenden entschärft wurde und in der Endresolution lautete: „Im Fall eines Krieges ist für seine schnellste Beendigung zu kämpfen und die durch den Krieg geschaffenen Krisen zur Aufrüttelung der Volksmassen

und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen“<sup>3</sup>. Hier ging es um die Revolution und den Sturz des Kapitalismus, nicht um Angriff oder Verteidigung.

Lenin trat zwar für die Unterstützung von Aufständen in vom Imperialismus annektierten Gebieten ein, war aber nicht für den Aufstand einer reaktionären Klasse. MarxistInnen seien „ebensowenig verpflichtet, `jeden` Unabhängigkeitskampf zu unterstützen, wie, `jede` republikanische oder antikirchliche Bewegung“<sup>4</sup>.

Wo haben die Kongresse der Sozialistischen Internationale vor 1914, d.h. in der Frühphase des Imperialismus, den Angriffs- und Verteidigungskrieg überhaupt zum Kriterium gemacht?

---

3. G. Sinowjew, Die II. Internationale und das Kriegsproblem. Weisen wir die Erbschaft zurück? 1916, in: Lenin/Sinowjew, Gegen den Strom, Hamburg 1921 (Reprint), S. 477; Internationaler Sozialisten-Kongreß, Stuttgart 1907, Berlin 1907, S. 100f.

4. Lenin, Ergebnisse der Diskussionen über das Selbstbestimmungsrecht, o.O. 1916, in: Ebd., S. 405 u. 407.

## Das Beispiel Österreich – Serbien 1914

Aber müssen wir nicht heute für die Verteidigung der kleinen Ukraine gegen das große Russland eintreten? Beim Krieg kleinerer Länder gegen die Angriffe großer, imperialistischer Staaten geht es auch um die Staatsinteressen der kleineren. Das zeigte 1914 der Angriff Österreich-Ungarns auf Serbien.

Nach der Tötung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz-Ferdinand am 28. Juni 1914 in Sarajewo durch serbische Nationalisten – alle waren Staatsbürger der Donaumonarchie – stellte die österreichisch-ungarische Regierung an Serbien ein scharfes Ultimatum. Intern hatte der Außenminister des Vielvölkerstaats, der gerade Bosnien-Herzegowina annektiert hatte, gefordert: „Wie immer die Serben reagieren (...) es muß zum Krieg kommen“. Nachdem Deutschland dem befreundeten Österreich-Ungarn volle Rückendeckung gegeben hatte, griff das imperialistische Österreich-Ungarn das kleine Serbien an. In Folge kam es zum Ersten Weltkrieg.



Für die Sozialdemokratische Partei Serbiens (SSDP) schrieb Dusan Popovic: „Wenn die Sozialdemokratie überhaupt irgendwo das Recht hätte, für den Krieg zu stimmen, so wäre das zuerst in Serbien der Fall. Aber für uns war jener Umstand entscheidend, daß der österreichisch-serbische Krieg nur ein kleiner Teil, nur die Ouverture zum europäischen Weltkrieg ist, der unserer Überzeugung nach, ein scharf ausgesprochen imperialistischer Krieg ist“. Der SSDP-Abgeordnete Katzlerovic äußerte: „Wir bewiesen, daß die serbische Bourgeoisie in diesem Krieg ein ‘Großserbien’, einen ‘großen Südslawischen Staat’ verwirklichen will, und daß sie deshalb keinen nationalen, sondern einen Eroberungskrieg führt“<sup>5</sup>. In Serbien stimmten die beiden sozialistischen Abgeordneten im Parlament gegen den Krieg, obwohl das große, imperialistische Österreich-Ungarn angegriffen hatte.

Heute verfolgt Russland mit der Eroberung des Donbas imperialistische Interessen. Das ist sonnenklar. Jede und jeder Linke kann nur dagegen sein. Geht es aber nicht auch Selenskyj und Melnyk um eine ‘Großukraine’, in der Millionen RussInnen und mehrere kleinere Minderheiten nichts zu sagen haben? Führt die Ukraine einen ‘nationalen’ Krieg oder führt sie einen ‘Eroberungskrieg’, in dem sie die überwiegend von Russinnen und Russen bewohnten Gebiete Krim und Donbas verteidigen bzw. zurückerobern will? Ist nicht das mehrheitlich von RussInnen bewohnte Industriegebiet Donbas eine Halb-Kolonie innerhalb der Grenzen der Ukraine, so wie viele Gebiete unterdrückter Nationalitäten im Vielvölkerstaat Russland Halb-Kolonien sind?

---

5. G. Sinowjew, Die II. Internationale und das Kriegsproblem. Weisen wir die Erbschaft zurück? Schweiz 1916, in: Ebd, S. 491.



Krieg in der Ukraine: Imperialistischer Krieg



## Wie kann der Krieg beendet werden?

Noch schlachten sich die ukrainischen und russischen Lohnabhängigen gegenseitig ab - für die Interessen der russischen und ukrainischen Milliardäre, für die Diktatoren Putin und Selenskyj, für die Interessen der kapitalistischen Großmächte Russland, EU und USA und für die internationalen Rüstungskonzerne. Zehntausende werden wahrscheinlich noch für die Profite der Reichen sterben.

Ob und wann der Krieg *von oben* durch die Niederlage einer Seite, durch imperialistische Sanktionen und wirtschaftlichen Zusammenbruch oder durch ein Patt und einen Waffenstillstand beendet wird, wissen wir nicht. Zu viele kapitalistische Interessen stehen dem heute entgegen.

Aber der Krieg kann *von unten* beendet werden:

- ➡ Durch die Vereinigung der russischen und ukrainischen ArbeiterInnen.
- ➡ Durch die Verbrüderung der russischen und ukrainischen Soldaten.
- ➡ Durch den Sturz der Diktatoren Putin und Selenskyj!
- ➡ Durch die Enteignung die Kohle-, Erz- und Stahlmilliardäre!

Die Arbeiterbewegung hat ganz andere Methoden des Kampfes als imperialistische Sanktionen, die die Generäle, PolitikerInnen und Milliardäre in Russland am wenigsten und die Lohnabhängigen dort und hier am meisten treffen.

## **Gegen Sanktionen, Preis- und Gewinnexplosion und Militarisierung**

Bundespräsident Steinmeier fordert uns auf, „Härten“ und „Einbußen“ zu ertragen. Das ist mit 318.000 Euro Jahreseinkommen leicht gesagt. Gesamtmetall und IG Metall rechtfertigen Arm in Arm die Sanktionen gegen Russland, um im gleichen Atemzug „von uns allen Opfer ab(zu) verlangen“<sup>6</sup>.

Aber warum sollen wir Lohnabhängigen in Deutschland eine Senkung des Lebensstandards infolge der westlichen Sanktionen hinnehmen?

Ignorieren wir für einen Augenblick den berühmten Militärtheoretiker, für den der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln war, dann wäre Putin für den Angriff auf die Ukraine allein verantwortlich. Dann könnte ihm niemand die Verantwortung dafür abnehmen.

Aber dann wären auch SPD, Grüne und FDP allein für den Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zu Russland, für die Sanktionen und damit für die uns drohende Wirtschaftskrise verantwortlich. Dann könnte auch ihnen niemand die Verantwortung abnehmen.

Unsere Aufgabe ist es, alle politischen Verantwortlichen für den Krieg, für die Sanktionen, für die Preisexplosionen und für die drohende Wirtschaftskrise anzuprangern.

Internationale Solidarität besteht weder im Krieg noch im Frieden darin, die Interessen der Arbeiterklasse in der Ukraine und in Russland über die Interessen der Arbeiterklasse sehr vieler Staaten in der EU, der halben Welt und über die Interessen der städtischen und ländlichen Armut in vielen unterentwickelt gehaltenen Ländern zu stellen, die ihren Lebensstandard verteidigen.

---

6. Gemeinsamer Aufruf von IG Metall und Gesamtmetall: Schweigeminute in den Betrieben am Freitag, 11. März, 11 Uhr. Interessant wofür die IG Metall-Bürokratie zum politischen Streik aufruft.

Die Preissteigerungen sind von den Kapitalisten gemacht z.B. bei Benzin und Diesel von den Ölkonzernen. Viele Lebensmittel, deren Preise im März um über 12 % stiegen, kommen gar nicht aus Russland oder der Ukraine. Alle Kapitalisten nutzen den Krieg als Vorwand und setzen die Preise hoch. Sie verdienen am Krieg. Und das nicht nur in der EU, sondern weltweit.

Kämpfen wir um unseren Lebensstandard. Gegen Preisexplosion können Preisgleitklauseln in den Tarifverträgen schützen. Internationale Solidarität besteht darin, das Leben und den Lebensstandard in jedem Land mit der einzigen Waffe zu verteidigen, die die Arbeiterklasse heute hat – mit Streik. Setzen wir dem Klassenkampf von oben den Klassenkampf von unten entgegen!

Uns beunruhigt auch die Militarisierung der Gesellschaft:

- ◆ 100 Mrd. Euro 'Sondervermögen', mit dem die Bundeswehr aufgerüstet wird, sind 100 Mrd. Euro, die in die Taschen der Rüstungskapitalisten fließen.
- ◆ Die völlig einseitige Berichterstattung der bürgerlichen Medien, die den nationalistischen Kriegshetzer und Diktator Selenskyj in einen Helden verwandelte, vor dem JournalistInnen und PolitikerInnen auf dem Bauch kriechen.
- ◆ Es steigt nicht nur die Zustimmung zur Aufrüstung und zur Bundeswehr in ehemals pazifischen Kreisen, deren politische Spitze Die Grünen sind.

- ◆ Eine Gruppe konservativer Intellektueller fordert als Reaktion auf den Aufruf von Frau Schwarzer die Lieferung aller Waffen, die die Ukraine braucht, und faselt von einem demokratischen Aufbruch in der Ukraine\*.
- ◆ Schon fordern manche Lohnabhängige den Einsatz der Bundeswehr nach innen und stimmen diktatorischen Gesellschaftsmodellen zu.
- ◆ Russinnen und Russen, die seit langem in Deutschland arbeiten und leben werden in der allgemeinen Hetzstimmung gegen alles Russische bis zu den Kindern in der Schule angepöbelt und terrorisiert - durch Selenskyjs Sympathisanten in Deutschland.

Auch für die Militarisierung der Gesellschaft tragen SPD, Grüne, FDP und die CDU die politische Verantwortung.

Immerhin stößt das 100 Milliarden-Euro-Aufrüstungs-Geschenk der Bundesregierung an die Rüstungskapitalisten auf breite Ablehnung in der Arbeiterklasse. Zu groß sind die Löcher im „sozialen Netz“.

Viele Intellektuelle haben den *Offenen Brief an Bundeskanzler Scholz!* gegen die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine unterschrieben. Sie setzen damit ein wichtiges Zeichen gegen Krieg und Aufrüstung - auch wenn wir nicht mit der Form und manchen Punkten einverstanden sind.

\* Sollte etwa der Initiator des Aufrufs „Die Sache der Ukraine ist auch unsere Sache!“, Ralf Fücks, mit jenem früheren Chef-Theoretiker des maoistischen Kommunistischen Bund Bremen, Ralf Fücks, identisch sein? Wurde nicht in der Zeitung des KBB, *Wahrheit*, der Besuch des US-Präsidenten Nixon 1972 in Russland eine „Verschwörung gegen die Völker der Welt“ genannt, während in den wenige Monate vorher stattgefundenen Besuch Nixons bei Mao in China eine „Niederlage des US-Imperialismus“ hineingedichtet wurde? Unglaublich, ein wahrer Russlandexperte.

---

**Frieden jetzt! Sofortiger Rückzug Russlands! Keine  
Waffen von und über Deutschland!**

**Ablehnung von Sanktionen und Wirtschaftskrieg,  
von Preis- und Gewinnexplosion!**

**Keinen Euro und keinen Cent für Waffen und Auf-  
rüstung an die Rüstungskapitalisten!**

**100 Milliarden Euro für Kindergärten, Schulen,  
Unis, Krankenhäuser, Altenheime, Jugendzentren,  
Stadthallen und sonstige soziale Einrichtungen!**

**Beschlagnahme aller Kriegsgewinne zugunsten  
von Armen und Hilfsbedürftigen!**

**Preisgleitklauseln in alle Tarifverträge!**

**Offen Grenzen für Flüchtlinge! Gleichbehandlung  
aller Flüchtlinge!**

**RIR, Duisburg 31.05.2022**

V.i.S.d.P.: Peter Berens, Holtkampstr. 9, 46145 OB

---



REVOLUTIONÄRE INITIATIVE RUHRGEBIET

[www.riruhr.de](http://www.riruhr.de)  
[info@riruhr.de](mailto:info@riruhr.de)

© Juni 2022